

# Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließl. des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

**Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstützengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterstützengrün, Wildenthal usw.**

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Sernsprecher Nr. 210.

**N 242.**

57. Jahrgang.

Dienstag, den 18. Oktober

**1910.**

Wegen vorzunehmender Reinigung bleibt das **Gemeindeamt** und das **Rönlgl. Standesamt** am **Montag, den 17. dieses Monats** von **nachmittags 1 Uhr** ab und **Dienstag, den 18. dieses Monats** **vollständig** geschlossen.  
Dringliche Angelegenheiten werden am **Dienstag** von **9-10 Uhr vormittags** erledigt.  
Carlsfeld, den 18. Oktober 1910.

**Der Gemeindevorstand.**  
Bauernfeind.

## Der Ausstand der Eisenbahner in Frankreich.

Das französische Eisenbahnen ist zum größten Teil in Besitz von Privatgesellschaften, nur ein kleiner Teil hat Staatsbahnbetrieb. Der gegenwärtige Ausstand hat jedoch nichts mit der Frage der Verstaatlichung der Eisenbahnen zu tun. Ebenso wenig ist er rein wirtschaftlicher Natur. Zwar schweben schon lange Differenzen zwischen den Angestellten und den Bahngesellschaften über eine Erhöhung der Löhne, und es läßt sich nicht leugnen, daß die Lage der Angestellten nicht günstig ist und die Gesellschaften wenig oder nichts für ihre Verbesserung getan haben. Aber der Ausstand stellt sich doch deutlich als eine Machtprobe des revolutionären Arbeiterbundes heraus, dem sich auch die organisierten Eisenbahner angeschlossen haben, und der die ganze französische Gewerkschaftsbewegung beherrscht.

Schon daß der Ausstand plötzlich über Nacht ohne jede Ankündigung erklärt wurde, ließ auf den politisch-revolutionären Hintergrund der Bewegung schließen. Bald wurden aber auch Versuche gemacht, die Angestellten der Pariser Untergrundbahn, ferner die Elektriker und die Maurer in den Ausstand hineinzuziehen und damit die schweren Verkehrs- und wirtschaftlichen Schädigungen sowie die großen Verlegenheiten der Regierung zu vermehren.

Und nun ergibt sich die merkwürdige Erscheinung, daß eine ganz und gar radikale Regierung sich genötigt sieht, mit radikalsten Mitteln gegen die Eisenbahner und den Arbeiterbund vorzugehen. Der Ministerpräsident Briand ist ein alter Freund und Genosse von Jaurès, dem Führer der französischen Sozialdemokraten, ebenso sind der Handelsminister Millerand und der Arbeitsminister Viviani aus der sozialistischen Partei hervorgegangen. In denselben Räumen, wo Briand früher das Gewaltmittel des Generalstreiks predigte, werden jetzt in seinem Auftrage die Mitglieder des leitenden Komitees der Eisenbahner verhaftet. Der Kriegsminister muß sämtliche noch dienstpflichtigen Eisenbahner zur Fahne einberufen und so bewirken, daß sie unter dem Militärgesetz Gehorsam zu leisten haben. Die Ausständischen und ihre Hinterleute schreien natürlich über Vergewaltigung und Verletzung der Geseze, und während die Bourgeoisie der Regierung die Anwendung ungesetzlicher Mittel gegen den Ausstand nachsteht, mischen sich auf der anderen Seite anarchistische Bombenwerfer hinein und werden Akte der Sabotage verübt, d. h. die Vernichtung von Material, um die Fortsetzung des Eisenbahnbetriebes zu hindern.

Unzweifelhaft wird es der Regierung gelingen, die Fortsetzung und Ausdehnung des Streiks zu verhindern. Aber die Macht des Arbeiterbundes ist damit keineswegs gebrochen, und der Eindruck wird sich vertiefen, daß die Regierung der französischen Republik, die im letzten Jahrzehnt so viel Kraft auf die Ausstreitung der Kongregationen und die Trennung der Kirche vom Staate verwendet hat, sich in viel stärkerem Maße dem Wohle der arbeitenden Massen widmen muß, die in Frankreich fast aller der Wohlthaten entbehren, die in Deutschland die soziale Gesetzgebung geschaffen hat.

## Tagesgeschichte.

### Deutschland.

Der Kaiserbesuch in Brüssel. Nach der „Nordb. Allg. Ztg.“ ist nachstehendes Programm für den Besuch des Kaisers in Brüssel festgesetzt: Die Ankunft erfolgt am 25. Oktober, 3 Uhr nachmittags, auf dem Nordbahnhof. Abends findet ein Galadiner nach dem Empfang des diplomatischen Korps statt. Für den 26. Oktober ist ein Besuch der Ausstellung für alte Kunst sowie des Rathauses geplant. Abends findet ein Diner bei der Gräfin von Flandern und im Anschluß daran eine Galaoper statt. Für den 27. Oktober ist der Besuch des Parkes von Laeken, nachmittags der Empfang der deutschen Kolonie und hierauf ein Diner in der Gesandtschaft vorgesehen. Hiernach erfolgt die Abreise nach Berlin.

— Jubelfeier der Berliner Kriegsakademie. Am Sonnabend fand in Berlin in Anwesenheit des Kaisers die Feier des hundertjährigen Bestehens der Kriegsakademie statt.

— Excellenz Dr. R. Koch †. Der frühere Präsident des Reichsbankdirektoriums, Excellenz Dr. Koch ist Sonnabend vorm. in Charlottenburg gestorben.

— Der Wiener Aufenthalt des Herrn v. Kiderlen-Wächter. Den anderslautenden Pressstimmen gegenüber erfährt das „Hirsch'sche Telegraphenbureau“, daß der Wiener Aufenthalt des Herrn v. Kiderlen-Wächter und die Unterredung desselben mit dem Grafen Khevenhull einen völlig privaten Charakter getragen hat. Zu einer politischen Aussprache lag augenblicklich nach den eingehenden Besprechungen der beiden Staatsmänner in Marienbad keinerlei Veranlassung vor.

— Ein erlogenes Interview. Das in Bukarest erscheinende Blatt „Abverul“ veröffentlichte einen Bericht über eine Unterredung eines Mitarbeiters mit dem Staatssekretär des Äußeren von Kiderlen-Wächter, worin Herr v. Kiderlen-Wächter aufsehenerregende Äußerungen getan haben soll. Die dem Staatssekretär von Kiderlen-Wächter in den Mund gelegten Äußerungen des „Abverul“ sind apograph. Herr von Kiderlen-Wächter hat sich allerdings verschiedenen Persönlichkeiten gegenüber darüber geäußert, daß die vegetarischen Geseze des Herrn Orleano danach angetan sind, die Industrie zu bedrücken, das fremde Kapital zu beunruhigen und speziell die Unternehmungen der in der Petroleumindustrie angelegten bedeutenden deutschen Kapitalien zu beeinträchtigen, alles übrige ist jedoch erfunden.

— Zur Borkumer Spionageangelegenheit. Während die beiden Engländer wegen der Borkumer Spionage in Leipzig gefänglich festgehalten werden, gehen still, aber eifrig die Nachforschungen über ihr Treiben weiter. Wie dem „Hamb. Fremdenbl.“ geschrieben wird, ist der in der Spionageangelegenheit in Kuzhava aufgetauchte Verdacht, daß eine kleine englische Motorjacht, die zu Anfang August dort weilte, mit den Borkumer Spionen in Zusammenhang gestanden hat, inzwischen von der zuständigen Behörde weiter verfolgt worden, und es haben die Nachforschungen zu näheren Feststellungen über den Namen und die Zeit des hiesigen Aufenthalts der Jacht geführt. Die in dieser Angelegenheit erfolgten Ermittlungen entziehen sich der Defensivität. Es ist jedoch schon jetzt als feststehend zu erachten, daß man fortan den verschiedenen ausländischen Jachten, die namentlich im Sommer unter allerlei Gründen in Kuzhava in den Häfen Liegeplatz zu nehmen pflegen, eine besondere Aufmerksamkeit widmen wird, wie ebenso den auf der See ankommenden Jachten besondere Ankerplätze angewiesen werden dürften. Wie weiter verlautet, ist die Befreiung des Leuchtturms die nur noch in ganz besonderen Fällen nach vorher entsprechend eingeholter Erlaubnis gestattet wurde, jetzt gänzlich verboten worden, so daß nicht einmal mehr Angehörige des Leuchtturmwärters den Turm betreten dürfen. Inwieweit auf Grund der Kuzhavener Ermittlungen noch sonstige Vorkehrungen zu treffen sind, scheint noch nicht entschieden zu sein, doch darf nach früheren Verlautbarungen damit gerechnet werden, daß der Kuzhavener Strand- und Badeverkehr dadurch keine Beeinträchtigung erfährt.

— Der Reichstag und das Tempelhofer Feld. Kurz nach seinem Zusammenritt wird dem Reichstag ein Nachtragsetat über die Erwerbung des Tempelhofer Feldes durch die Gemeinde Tempelhof zugehen. Die Heeresverwaltung wird — wie die „Mil.-pol. Korresp.“ hört — dabei die besonderen Gründe auseinandersetzen, die zur Ausschaltung der Stadt Berlin als Käufer des Riesenterrains geführt haben. Während der Bebauungsplan von Tempelhof die Schaffung einer Muster-Gartenstadt vorsah und 43 Prozent des Grund und Bodens für Straßen und freie Plätze disponierte, ging, sicheren Informationen an die maßgebenden militärischen Stellen zufolge, die Absicht des Berliner Magistrats dahin, daß auf dem alten Exerziergelände ein Zentralbahnhof von ungeheuren Dimensionen ersthe, wodurch in der Folge große Teile der jetzigen großen südlichen Lunge der Reichshauptstadt

fraglos der ausgiebigsten Bebauung und wilder Hotel- und Häuserpekulation ausgeliefert worden wären. In Verbindung mit diesem Projekte sollte, zum Teil im Austauschwege, von der Preussischen Eisenbahnverwaltung der Potsdamer und der Anhalter Bahnhof mit dem dazugehörigen Streckengelände erworben, beide Terrains zu Verkehrsregulierungen benützt werden. Der ganze Plan hätte eine ungeheure Umwälzung der Bodenwerte an der Königgräberstraße einerseits, in der Bellealliancestraße andererseits, in der anderen Seite mit sich gebracht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Teltower Projekt vom Standpunkte des Allgemeininteresses das weitaus mehr sympathische ist. Das Kriegsministerium hat sich, wie die glatte Bewilligung der Verträge mit Teltow im Reichstage ergeben dürfte, das hohe Verdienst erworben, dem Süden Berlins, wenigstens soweit dies möglich war, auch für die Zukunft erträgliche sanitäre Lebensbedingungen erhalten zu haben.

— Verwendung Gefangener bei Landeskulturarbeiten. Der Oberstaatsanwalt in Kiel hat die Einschränkung der Gefängnisarbeit und die Verwendung von Gefangenen zu Landeskulturarbeiten, namentlich zur Aufforstung von Debländereien verfügt. Der Regierungspräsident unterstützte dieses Vorgehen und empfahl die Einstellung von Gerichtsgefangenen namentlich wenn freie Arbeiter in genügender Zahl nicht zu haben sind. Die günstigen Erfolge in Westfalen veranlaßten die Oberstaatsanwaltschaft, den Heidekulturverein der Provinz Schleswig-Holstein aufzufordern, der Sache näher zu treten. Die Leitung des Vereins teilte mit, daß jetzt eine größere Fläche Landes ausgeforstet und die Verwendung Gefangener ernstlich geprüft werden solle.

### Oesterreich-Ungarn.

— Wien, 15. Oktober. In der gestrigen Sitzung des Ausschusses der österreichischen Delegation bestätigte der ehemalige Handelsminister Baerenreiter, daß sich zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und der Türkei ein Einverständnis vorbereite, das eine sehr große militärische Bedeutung habe und vom Belt bis zum Bosphorus eine starke Friedensaufstellung bedeuten werde.

### Frankreich.

— Eine Verschwörung zur Sabotage. Die Auslandsbewegung auf den französischen Staatsbahnen ist jetzt fast vollständig zum Stillstand gekommen und der Verkehr auf allen Linien ist nahezu normal. Die Zahl der Reisenden hat wieder zugenommen und die Beförderung ist größtenteils glatt von statten gegangen. Dagegen mehren sich die Nachrichten von Gewaltakten, die sowohl gegen Arbeitswillige als gegen Material begangen werden. Laut nachstehenden Meldungen soll sogar die Polizei Beweise dafür bekommen haben, daß eine förmliche Organisation zur Zerstörung des Eisenbahnbetriebes vorbereitet war.

— Paris, 15. Oktober. Ungeheures Aufsehen erregt es hier, daß es der Polizei gelungen ist, die Spuren einer Verschwörung aufzudecken, zu deren Organ sich das bekannte sozial-revolutionäre Blatt des Professeurs Hervé gemacht hat. Es fiel den Behörden auf, daß so ziemlich gleichzeitig mit dem Beginn des Eisenbahnerstreiks Mitteilungen einer unbekannteren Verschwörergruppe im „Sozialen Krieg“ erschienen, in welchen die zukünftige Sabotage bei den Eisenbahnen verherlicht wurde. Eine solche Glorifikation ist auch in der heutigen Nummer des „Sozialen Krieges“ veröffentlicht worden, in welcher gleichzeitig die Eisenbahner vor der Beschuldigung in Schutz genommen werden, daß sie es sind, welche die Beschädigungen des Bahnkörpers, der Weichenanlagen und die Durchschneidung der Telegraphen- und Telephondrähte verübt haben. Diese Sabotage verübte vielmehr eine den Eisenbahnern fern stehende Gruppe, und sie werde, so wird angebroht, mit dem Zerstörungswerte so lange fortfahren, als nicht die über die streikenden Eisenbahner verhängten Bestrafungen und Maßregelungen zurückgezogen werden würden. Die Verhaftung der beiden Redakteure des „Sozialen Krieges“ hängt mit der Aufdeckung